

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Umdruck 19/230

## **GEW-Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes**

Mit dem vorgelegten Gesetzentwurf soll der neunjährige Bildungsgang zum Abitur an den Gymnasien wieder eingeführt werden.

Schleswig-Holstein bietet bisher eine Reihe verschiedener Wege, das Abitur in neun oder acht Jahren zu erreichen. Neben den beruflichen Gymnasien und den allgemeinbildenden Gymnasien mit in der Regel achtjährigem Bildungsgang haben sich in den letzten Jahren immer mehr Gemeinschaftsschulen mit Oberstufen entwickelt. Diese Diversität bietet den unterschiedlichen Lernenden bisher verschiedene Chancen, einen passenden Bildungsweg einzuschlagen. Eine Umstellung auf flächendeckend neun Schuljahre am Gymnasium reduziert damit die Vielfalt der Wege zum Abitur.

Die GEW vermisst die Möglichkeit des Dialogs für die gewollte Umstrukturierung, der durch den straffen Zeitplan und die gesetzten Rahmenbedingungen ausgeschlossen wird. Die zahlreichen Detailentscheidungen müssten gründlicher durchdacht und diskutiert werden. Unklarheiten u.a. im Bereich des Langtags, der 2. Fremdsprache, des Wahlpflichtunterrichts, der Raumfragen und der Finanzierung bringen für die Schulen große Unsicherheiten mit sich.

Obwohl den Schulen laut Koalitionsvertrag mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten eingeräumt werden sollen, ist für die grundlegende Entscheidung, den achtjährigen Bildungsgang beibehalten zu wollen, eine Hürde von 75 Prozent zu überwinden. Damit besteht kaum eine Chance, die von den Schulen mit viel Energie und Engagement immerzu weiterentwickelten Strukturen zu erhalten. Diese Hürde ist nicht nachvollziehbar und widerspricht dem Anliegen, die Schulen in die Strukturierungsprozesse sinnvoll miteinzubeziehen. Gleichzeitig werden mit diesem in keinem anderen demokratisch konstituierten Gremium üblichen Quorum Grundsatzbeschlüsse der Schulkonferenzen generell in Frage gestellt. Dieser Absatz des Gesetzentwurfs sollte gestrichen werden.

Vor diesem Hintergrund sind nach Auffassung der GEW eine echte Wahlfreiheit und eine professionelle Begleitung dieses Prozesses notwendig. Schulen müssen nun wieder von vorn beginnen, schulinterne Curricula zu schreiben, Kontingenztafeln geschickt zu interpretieren, Rhythmisierungen anzupassen, Förder- und Forderkonzepte zu entwickeln, die Langtage und den Mittagstisch, die Nachmittage und die Mensen optimal zusammenzubringen und bestehende pädagogische Maßnahmen anzupassen.

Motivierende Effekte der Mitverantwortung werden durch solche Vorgaben in ihrer Wirkung umgekehrt. Die zusätzliche Arbeitsbelastung der Gymnasiallehrkräfte, die in den nächsten Jahren entsteht, muss stärker in den Blick genommen werden. Denn bis heute sind selbst die alten Strukturdetails nicht optimal geklärt.

Der Prozess der Lösungsfindung, des Ausprobierens und Überarbeitens dauert für die auslaufenden G8-Jahrgänge immer noch an. Neben dem größeren Arbeitsaufwand spüren es in erster Linie auch die Schülerinnen und Schüler, wenn Abläufe haken.

Weiterhin weisen wir mit Bezug auf die Studie von Professor Dr. Olaf Köller, Professor für Erziehungswissenschaften an der Universität Kiel und geschäftsführender wissenschaftlicher Direktor des IPN, darauf hin, dass aus unserer Perspektive die Frage, ob G8 oder G9 der bessere Weg zum Abitur ist, keine relevante Priorität im Schulalltag besitzt. In seiner Studie hinsichtlich der Folgen der Umstellung von G8 auf G9 zeigt Professor Köller, dass keine relevanten Unterschiede hinsichtlich der abgeprüften fachlichen Leistungen der Schülerinnen und Schüler der beiden unterschiedlich langen Bildungsgänge auffallen.

Auch hinsichtlich des Stress- und Belastungserlebens zeigen sich nur uneinheitliche Befunde. G8-Schülerinnen und G8-Schüler haben aufgrund der komprimierteren Unterrichtstage weniger Freizeit, jedoch findet Köller keine empirischen Hinweise darauf, dass G8-Schülerinnen und G8-Schüler schlechter auf das Hochschulstudium vorbereitet sind. Somit lassen sich durch empirische Studien positive Effekte durch eine Rückkehr zu G9 kaum begründen.

(Vgl.: Köller, Olaf: Verkürzung der Gymnasialzeit in Deutschland. Folgen der G8-Reform in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Abgerufen über: <http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/umdrucke/00100/umdruck-19-00155.pdf>, zuletzt am 08.10.2017)

Elementar erscheint es uns, die Kosten für eine Umstellung in Schleswig-Holstein ehrlich in den Blick zu nehmen. Schulen, Schulträger und Lehrkräfte dürfen mit diesen nicht allein gelassen werden. Die Vorhaben der Regierung müssen fair ausfinanziert werden. Dabei sind die Anschaffung neuer Lehrbücher und Materialien, die räumliche Situation, die zusätzlichen Lehrerstellen, aber auch der zusätzliche Arbeitsaufwand für die voraussichtlich jahrelangen Umstellungsprozesse genau zu betrachten.

Für sehr viel drängender als die Frage nach G8 oder G9 hält die GEW die Fragen nach den Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte und der Ausstattung der Schulen. Sie gilt es zu verbessern sowie die Idee der Inklusion voranzubringen, ausreichend zu finanzieren und mit Fachkräften auszustatten.

01.11.2017